Einzelpreis 50 Pfg. 5. Jahrg. Donnerstag, den 13. April 1922 Nummer 176 Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 85,— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32,— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60,— M., für das übrige Ausland 87,— M.

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 12,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 8,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Gewerkschafts-Internationale

Zum Kongreß in Rom am 20. April.

Von **Tony Sender**, Frankfurt a. M.

Sie hat sich ihren Platz erobert, die Amsterdamer Internationale, bei dem internationalen Proletariat sowohl wie in der Achtung der Welt. Wohl zeigten sich bei ihrem Entstehen noch die Nachwehen der fürchterlichen Zerrissenheit, die der Weltkrieg leider auch in die arbeitenden Massen hineingetragen, und warfen ihre Schatten auf den Gründungskongreß von Amsterdam im Jahre 1919. Heute aber dürfen sie als überwunden gelten. Hat schon der im November 1920 in London stattgehabte Kongreß sehr deutlich gezeigt, daß die schweren Erfahrungen der vergangenen Jahre eine starke Wandlung in der Mentalität des Proletariats aller Länder hervorzurufen begann, so trug das Wirken der Internationale seit diesem Zeitpunkt weiter in erheblichem Maße dazu bei, diese Entwicklung zu fördern. Es muß anerkannt werden, daß die „Amsterdamer", gleichsam als das Gewissen der Völker, und in großzügiger Auffassung der ihr obliegenden Aufgaben an keinem bedeutsamen, für die internationale Arbeiterschaft folgenschweren Ereignis vorüberging.

Wie weit entfernte man sich doch von der einstigen Auffassung, als habe diese Organisation sich nur den rein gewerkschaftlichen Vorgängen zuzuwenden. Wie die einzelnen nationalen Gewerkschaften mußte man auch in der Internationale erkennen, wie all ihre Aufbauarbeit nur dann durchgreifend werden kann, wenn sie — von internationalem Geist getragen — auch eine Einwirkung auf die politischen Ereignisse anstrebt. Freilich, das hat ihr nicht gerade die Freundschaft des reaktionären Gewerkschafters Samuel Gompers vom Amerikanischen Gewerkschaftsbund eingetragen, der die Bande mit der Amsterdamer löste, weil sie ihm zu „revolutionär" sei und weil sie sich offen die Sozialisierung zum Ziel setzte. Aber man wich davor nicht zurück und hat unter klarer Aufrechterhaltung des prinzipiellen Standpunktes doch versucht, auch mit der amerikanischen Arbeiterschaft die Verbindung wieder aufzurichten.

Zu allen, insbesondere durch das System der imperialistischen Friedensverträge und deren Auslegung entstandenen Konflikten trat die Gewerkschaftsinternationale auf den Plan; in selbständiger Weise die Sachlage studierend, wies sie den Weg möglicher Lösung, einer Lösung, die den arbeitenden Massen diesseits und jenseits der Grenzpfähle gerecht wurde. So sei u. a. nur verwiesen auf die nach Oberschlesien entsandte gemischte Delegation des I. G. B., die eine eingehende Untersuchung an Ort und Stelle vornahm und zu dem Ergebnis kam, daß das Industriegebiet eine wirtschaftliche Einheit darstelle und nicht zerstückelt werden dürfe, und daß eine Autonomie diesem Gebiet zugesprochen werden müsse.

Die in das Saarrevier entsandte internationale Delegation aber brachte anhand ihrer Erhebungen die berechtigten Klagen der proletarischen Bevölkerung dieses Landes gegen die Saarregierung vor.

Ganz besonders energisch waren die Bemühungen zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen der französischen und deutschen Arbeiterschaft für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs. Es war ein leichtes, die Verständigung zwischen den beteiligten Arbeitergruppen beider Länder herbeizuführen, und wer die fürchterlichen Verwüstungen in diesen Gebieten in Augenschein nehmen konnte, der kann erst ganz ermessen, wie unerläßlich es für den Frieden der Welt ist, daß diese offene Wunde Europas endlich geheilt werde. Aber in seiner ganzen Scheußlichkeit und Profitgier offenbarte sich hier der Kapitalismus, in diesem Fall mit französischen Nationalfarben angetan. Die französischen Industriellen verhindern die Erfüllung der Uebereinkommen der Arbeiter mit der Bevölkerung der zerstörten Gebiete, nur um sich eine fette Profitgelegenheit nicht rauben zu lassen! So sieht der Patriotismus dieser Herren aller Landesfarben aus.

Wer aber will auf den Internationalen Gewerkschaftsbund den Stein werfen, weil es ihm nicht gelang, sich bei den Herrschenden durchzusetzen? Etwa die Moskauer, die in die proletarischen Organisationen aller Länder den Spaltpilz hineintrugen und erst vor wenig Monaten mit Erfolg sich um die Spaltung der französischen Gewerkschaften bemühten? Dann soll ihnen mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß es ihrem zerstörenden Wirken mit zuzuschreiben ist, wenn kein größeres Aktivum für das internationale Proletariat zu verzeichnen war — kam es doch in keinem andern Lande mehr auf eine geschlossene, schlagkräftige Proletarierfront an, als in dem militaristischen Frankreich des „Poincaré la guerre". Sie aber haben Poincaré in die Hände gearbeitet und damit der Weltreaktion gedient.

Unterdessen arbeiten die „Gelben" von Amsterdam — unbeirrt durch die Schimpfkanonaden Moskaus — für den internationalen Sozialismus, für den Frieden der Welt: Im November v. J. traten in Amsterdam die internationalen Vertreter der Transport-, Berg- und Metallarbeiter zusammen, um nach Prüfung der Weltlage und der neuen drohenden Gefahren zu beschließen, daß bei Ausbruch eines Krieges der A. G. B. alsbald den internationalen Generalstreik proklamieren wird, inzwischen aber die besonders verantwortlichen obengenannten Arbeitergruppen alle Vorbereitungen zur planmäßigen Durchführung dieses Beschlusses treffen. Dieser Punkt wird denn auch die Tagung in Rom in erster Linie mitbeschäftigen. Daneben kommen zur Beratung der „Achtstundentag und wirtschaftliche Reaktion" sowie „Europas ökonomischer Wiederaufbau" und hier wird die Arbeiterschaft der Welt den im gleichen Lande — in Genua — tagenden Vertretern des Kapitalismus in selbständiger Weise ihre Forderungen aufstellen, die Macht der Zukunft repräsentierend, die allein imstande ist, der Welt Frieden und Wohlfahrt wiederzugeben.

Das Londoner Memorandum

Die deutsche Delegation und das Londoner Memorandum

(Sonderbericht des „Intel".)

Genua, 13. April.

In Kreisen der deutschen Delegation ist man der Ansicht, daß die Vorlegung des Londoner Memorandums den Gedanken nahelege, als hätten sich die Hauptmächte bereits auf ein festes Programm geeinigt und als ob die deutsche Delegation wiederum vor ein fait accompli gestellt werden sollte. Dies wäre vom deutschen Standpunkt aus äußerst bedauerlich, und würde in scharfem Gegensatz zu den vielversprechenden Worten stehen, mit denen Lloyd George und de Facta am Eröffnungstage der Konferenz vor die Delegationen getreten sind.

Man schätzt in den Kreisen der deutschen Delegation die Möglichkeit, daß es im Verlaufe der Verhandlungen zu einem gemeinsamen Vorgehen der deutschen und der russischen Delegation zu einer Art Oppositionsblock kommt, nur sehr gering ein. Von einem maßgebenden Mitglied der deutschen Delegation wurde unserem Sonderberichterstatter erklärt, es hätten sich zwar in den ersten Konferenztagen gewisse Berührungspunkte in den Interessen Deutschlands und Rußlands ergeben, doch würde es für eine sich ihrer Verantwortung bewußten Regierung äußerst schwer sein, sich heute mit Rußland zu verbinden. Man könnte nicht wissen, ob die russische Regierung von dem gleichen Verantwortungsgefühl beseelt sei und sich an die von ihr getroffenen Vereinbarungen und Abmachungen halten werde.

Viel größere Erwartungen als auf eine Unterstützung durch die „Opposition" der Russen setzt man innerhalb der deutschen Delegation auf die Anwesenheit Vanderlips in Genua. Obwohl Vanderlip bekanntlich nicht als offizieller Vertreter der amerikanischen Regierung der Konferenz beiwohnt, hofft man für den Fall, daß die Alliierten tatsächlich im voraus für Deutschland ungünstige Abmachungen getroffen haben, daß Vanderlip im gegebenen Augenblick den amerikanischen Standpunkt zugunsten Deutschlands in die Wagschale werfen werde.

Kein deutsch-russischer Oppositionsblock

Genua, 13. April.

In Kreisen der deutschen Delegation ist man der Ansicht, daß die Vorlegung des Londoner Moratoriums den Gedanken nahelegt, als hätten sich die Hauptmächte bereits auf ein festes Programm geeinigt und als ob die deutsche Delegation wiederum vor ein fait accompli gestellt werden sollte.

Man schätzt in den Kreisen der deutschen Delegation die Möglichkeit, daß es im Verlaufe der Verhandlungen zu einem gemeinsamen Vorgehen der deutschen und der russischen Delegation zu einer Art Oppositionsblock kommt, nur sehr gering ein. Von einem maßgebenden Mitglied der deutschen Delegation wurde unserem Sonderberichterstatter erklärt, es hätten sich zwar in den ersten Konferenztagen gewisse Berührungspunkte in den Interessen Deutschlands und Rußlands ergeben, doch würde es für eine sich ihrer Verantwortung bewußte Regierung äußerst schwer sein, sich heute mit Rußland zu verbünden. Man könne nicht wissen, ob die russische Regierung von dem gleichen Verantwortungsgefühl beseelt sei und sich an die von ihr getroffenen Vereinbarungen und Abmachungen halten werde.

Viel größere Erwartungen als auf eine Unterstützung durch die „Opposition" der Russen setzt man innerhalb der deutschen Delegation auf die Anwesenheit Vanderlips in Genua. Obwohl Vanderlip bekanntlich nicht als offizieller Vertreter der amerikanischen Regierung der Konferenz beiwohnt, hofft man für den Fall, daß die Alliierten tatsächlich im voraus für Deutschland ungünstige Abmachungen getroffen haben, daß Vanderlip im gegebenen Augenblick den amerikanischen Standpunkt zugunsten Deutschlands in die Wagschale werfen werde.

Die Russen verlangen weiter: Abrüstung!

(Sonderbericht des „Intel".)

Genua, 13. April.

In der gestrigen zweiten Sitzung der Unterkommission für Finanzfragen warf der russische Vertreter Rakowski abermals die Abrüstungsfrage in die Debatte. Rakowski erklärte zunächst, daß es der russischen Delegation bei der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen sei, den Komplex der Finanzprobleme gründlich zu studieren. Die Grundidee des Memorandums, soweit sie sich auf die Geldfragen erstrecke, entspreche dem russischen Standpunkte. Denn es sei evident, daß die Stabalisierung der Valuten ohne eine Begrenzung der Emissionen unmöglich sei. Seit sich Rußland im Friedenszustand befindet, habe die Sowjetregierung stets darauf hingearbeitet. Was die Maßnahmen anbetreffe, die angeregt wurden, um möglichst große Ersparnisse im Staatshaushalte zu machen, so habe Rußland die Erfahrung gemacht, daß selbst die durchgeführte Einschränkung des Beamtenpersonals um 40 Prozent weit davon entfernt sei, wirkliche Ersparnisse zu ermöglichen, wenn diese Maßnahmen nicht gleichzeitig von einem Abbau des Militärapparates begleitet seien. Deshalb sehe sich die russische Delegation gezwungen, obwohl die Frage der Abrüstung nicht auf der Tagesordnung der Konferenz steht, dieses Problem wiederum aufzuwerfen. Rußland habe im Jahre 1920 5 360 000 Soldaten gehabt, im Jahre 1922 nur noch 1 500 000 Mann. Es sei notwendig, daß man überall an die praktische Durchführung der Abrüstung gehe. Rakowskis Ausführungen wurden mit großer Aufmerksamkeit angehört.

Rüstungspause oder nicht?

Paris, 13. April.

Wie der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" in Genua mitteilt, ist es nicht ganz sicher, ob Lloyd George den Plan einer Regelung der Bewaffnungsfrage zu Lande vor den politischen Unterausschuß bringen wird. Lloyd George hoffe, daß ein auf dieser Grundlage geschlossener Vertrag Ausgangspunkt einer späteren Herabsetzung der Rüstungen sein werde, und daß man auf diese Weise vielleicht die Ansicht Amerikas ändern könne. Die Länder der kleinen Entente sollen bereits über diese Frage verhandelt haben. Wenn diese Staaten den Vorschlag annehmen würden, würden sie zwei Amendements vorschlagen: daß die Annahme der Rüstungspause den alliierten Staaten nicht verbieten dürfe, wenn nötig, mit Gewalt zu intervenieren, sei es, um den Respekt vor den abgeschlossenen Verträgen sicherzustellen, sei es, um die Rückkehr der Habsburger zu verhindern. Außerdem werde ein Zusatzartikel zu dem Abkommen vorgeschlagen, nach dem sich die Signatarmächte verpflichten, mit Waffengewalt jedem Lande zu helfen, das durch Verletzung des Paktes angegriffen werde.

London, 13. April.

Wie der Sonderberichterstatter von Reuter in Genua erfährt, wird Lloyd George die erste Gelegenheit vielleicht auf der heutigen Sitzung des ersten Ausschusses ergreifen, um eine Verpflichtung vorzuschlagen, wonach keine Nation die Waffen ergreifen dürfe, um so jede Möglichkeit von Kämpfen während der Zeitdauer des Paktes auszuschließen. Daily News meldet aus Genua, daß Lloyd Georges Plan auf Widerstand stoße. Die Gruppe der kleinen Entente sei gänzlich dagegen unter der Begründung, Verpflichtungen allein ohne Zwangsmaßregeln seien wertlos.

Monarchie oder Republik?

Die „Kreuzzeitung" (Nummer 175 vom 13. April) bringt einen Artikel des amerikanischen Journalisten S. Miles Bouton aus der Halbmonatsschrift „Das Interview" über seine Untersuchungen in Deutschland über die monarchistische Bewegung. Es wird darin mitgeteilt, in Bayern, Württemberg und Baden gebe es unbestreitbar eine monarchistische Mehrheit. Insbesondere seien es die Agrarier, die ihren Kaiser, und damit die „alte Ordnung" wieder haben möchten. Das ist begreiflich. Die Landwirte sehen die Monarchie als eine Einrichtung an, die ihre Ausbeuterinteressen besser und andauernder schützt als die Republik. Sie können sich ja auch nicht beklagen, doch der Boden der Republik erscheint ihnen als zu unsicher. In der Monarchie erblicken sie vor allem seine stabilere Einrichtung gegen den Sozialismus.

Bouton berichtet von Norddeutschland, daß auf dem Lande nach dem Kriege die Sozialdemokratie Fortschritte gemacht hätte. Jetzt ginge diese Bewegung zurück. Die Städte, und namentlich die Industriestädte, hätten allerdings große sozialdemokratische Vertretungen und viele eine sichere rote Mehrheit. Aber auch dort verlören die Parteien der Linken allmählich an Boden. Die Gebildeten und die selbständigen Gewerbetreibenden wie Bäcker, Schlächter, Schneidermeister usw. hätten schon in großem Maße angefangen, den Umsturzparteien den Rücken zu kehren. Durchaus republikanisch und antimonarchisch seien nur die **drei sozialistischen Parteien**, Bouton bemerkt aber, daß er persönlich viele ältere Sozialdemokraten kenne, die sich freuen würden, wenn Deutschland wieder eine Monarchie würde.

Das müssen merkwürdige Sozialdemokraten sein. Wir sind überzeugt, daß hier Bouton übertreibt. In der rechtssozialistischen Partei mag es manchen unsicheren Kantonisten geben, der erst in den letzten Jahren den Weg zur Partei der Rechtssozialisten gefunden hat. Daß aber „viele ältere Sozialdemokraten" freudig die Monarchie begrüßen würden, halten wir für ausgeschlossen. Bouton meint, die sozialistischen Parteien vereinigten in sich weniger als 40 v. H. der Wähler. Außer ihnen finde man einen großen republikanischen Prozentsatz nur in der Demokratischen Partei — und die sei im Verschwinden begriffen. **Die Mehrheit der Zentrumspartei sei innerlich monarchistisch gesinnt.** Das Zentrum sei von jeher eine opportunistische Partei gewesen, die ruhig auf dem Zaun säße, bis sie sehe, auf welche Seite man hinabspringen soll, um mit der herrschenden Strömung mitzukommen. Bouton ist der Ansicht, daß die **Zahl der republikanischen Stimmen noch nicht 50 v. H. betrage** und ständig kleiner werde.

Bouton erörtert auch die Gründe für die wachsende monarchistische Bewegung, und er betont, bei den ärmeren Schichten wirke das Mißbehagen über die Teuerung und die hohen Steuern. Bei den Gebildeten aber treibe die hoffnungslose Unfähigkeit eines großen Teiles der neuen republikanischen Staatslenker Wasser auf die monarchistischen Mühlen. Trotzdem ist jetzt keine Aussicht vorhanden, die Monarchie einzuführen, weil das den Bürgerkrieg hervorrufen würde.

Das deutsche Proletariat hat trotzdem alle Veranlassung, die monarchistische Bewegung aufmerksam zu beobachten. Eine Monarchie darf es in Deutschland nicht wieder geben. Die heutige Republik ist ein besserer Boden für den weiteren Aufstieg des Proletariats als die Monarchie. Die Rechte, die errungen sind, dürfen nicht aufgegeben werden; sie müssen mit aller Energie verteidigt werden. Die Monarchisten gehen in der skrupellosesten Weise vor. Die Teuerung und das Finanzelend, die in der Hauptsache auf ihr Konto kommen, werden agitatorisch ausgenützt. Und es gibt viele rückständige Leute, die sich einbilden, die Teuerung und die hohen Steuern seien wirklich nur darauf zurückzuführen, daß wir keinen Kaiser hätten. Hier muß die Aufklärung einsetzen.

Neue Massenaussperrung in England?

Nach den Metallarbeitern die Textilarbeiter

(Intel.) **London**, 13. April.

Der bisher auf die Metallindustrie und den Schiffsbau beschränkte Konflikt scheint nun auch **auf andere Industrien übergreifen** zu wollen. So wurden die in der Manchester Baumwollindustrie zwischen Unternehmern und Arbeitern geführten Verhandlungen abgebrochen. Sollte dieser Konflikt nicht auf gütlichem Wege geschlichtet werden, würde die für den 29. April angesagte Aussperrung 400 000 Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen. Die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft hatten den Unternehmern an Stelle der von diesen vorgeschlagenen 50 Prozent Lohnreduktion eine Lohnverminderung von 40 Prozent vorgeschlagen, doch wurde ihr Anerbieten abgewiesen.

Die Aussperrung in der Metallindustrie dauert zwar noch an, dennoch haben einige dem Arbeitgeberverbande angeschlossenen Firmen die für ihre Betriebe angekündigte **Aussperrung widerrufen** und die **Arbeiter bedingungslos wieder eingestellt.** Die Verhandlungen zwischen den 47 Verbänden der Metallindustrie und den Unternehmern sind zum Stillstand gekommen, weil in der Forderung der Arbeiter, die Arbeitgeber sollten die Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben günstiger gestalten, kein Uebereinkommen erzielt werden konnte.

* * *

Das englische Unternehmertum glaubt, gestützt auf den Beistand der willfährigen Regierung, die große Arbeitslosigkeit sowohl in der Metall- als auch in anderen Industrien zu einem allgemeinen Anschlag auf die Arbeiterbewegung ausnutzen zu können. Die Lohnreduzierungen sind nur ein Teil des allgemeinen Kampfes. Sind erst die Löhne gekürzt, die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt, so ist auch — wie die englischen Kapitalisten spekulieren — der Kampfwille des Proletariats gebrochen.

Neben der Kürzung der Löhne spielt bei der Aussperrung in der Metallindustrie die Frage der Ueberstunden eine große Rolle. Die Arbeitgeber wollten ganz nach freiem Ermessen Ueberstunden verfügen, wogegen sich die Arbeiter mit Recht wehren und darauf verweisen, daß durch Ueberstunden die ohnedies beträchtliche Zahl der Arbeitslosen nur vermehrt werden wird. Trotzdem die Position der ausgesperrten Metallarbeiter durch den Umstand ungünstig beeinflußt wird, daß 47 verschiedene Verbände in Frage kommen, ist nach der vorstehenden Meldung die Front der Arbeitgeber erschüttert. Denn ein Teil von ihnen hat die Aussperrung widerrufen und die Arbeiter bedingungslos eingestellt.

Bei der Betrachtung der Aussperrungen und den Lohnkämpfen in England darf aber auch hier nicht unerwähnt bleiben: das englische Unternehmertum beruft sich immer wieder auf die erbärmlichen Löhne, die in Deutschland gezahlt werden und die ihnen die Konkurrenz erschweren. So bekannt es nun auch ist, daß die Kapitalisten ganz allgemein zu solchen Hinweisen greifen, so ist andererseits nicht zu verkennen, daß die Produktionskosten der deutschen Industrie, soweit die Arbeiterlöhne in Frage kommen, wesentlich niedriger als in England oder in einem anderen Industriestaat sind und daß die Behauptungen von den hohen Löhnen in Deutschland jeder Berechtigung entbehren.

Wucher mit Pachtland

Wir haben wohl eine Verordnung, die den kleinen Landpächter schützen soll. Die versagt aber, wenn der Acker gepflügt und gedüngt zur Verfügung gestellt wird. Wie das „Volksblatt in Harburg" (Nummer 85 vom 10. April) mitteilt, hat man in Eddelsen bei Hittfeld den Preis für einen Morgen (¼ Hektar) gedüngtes Land auf **9000 Mark** hinaufgetrieben; in Sinstorf, wo viel Wilhelmsburger Gemüsebauern als Pächter in Frage kommen, kostet der Morgen **13—14 000 Mark Pacht!!!** In Lühraade wurden 38 Parzellen Ackerland ausgeboten. Jede Parzelle umfaßt etwa 400 Quadratmeter. Der niedrigste Preis war **1390 Mark**, der höchste **1600 Mark**, so daß ein Morgen rund **10 000 Mark Pacht** einbringt.

Wir erwarten von der Regierung, daß sie unverzüglich eingreift und die Kleinpächter vor diesem Wucher schützt.

Was Weinversteigerungen bringen.

Man kann berechnen, was der Vorrat im Weinkeller des deutschen Finanzministers Hermes heute für einen Wert darstellt, wenn man die Produzentenpreise erfährt, die bei den jetzt öffentlichen Versteigerungen in den Kurs für 1922 treten. Ein Beispiel:

Die badische Weinversteigerung, die vor einigen Tagen zu Offenburg stattfand, brachte insbesondere mittelbadische Gewächse der letzten drei Jahrgänge, vor allem die ausgezeichneten Weine von 1921. Neben der kommunalen Kellerei des Offenburger Andreashospitalfonds und den Lagern der badischen Genossenschaft der Landwirtschaftskammer zu Karlsruhe waren es Adelsherrschaften, die das Angebot bei der Versteigerung vertraten. Es handelte sich hier in erster Linie um Weißweine, die neben den gewöhnlichen Bergweinen (Riesling) durch die Ortonauer Edelsorten Klingelberger, Clewner und Ruländer weit bekannt sind. Diese einfachen Bergweine erzielten für das Hektoliter, Preise von 5050, 6600, 7000 bis 8000 Mark; den höchsten Preis mit 30 100 Mark erreichte eine 1911er Rieslingauslese der Landwirtschaftskammer aus dem Lehrgut Blankenherberg bei Ihringen (Kaiserstuhl). Für Durbacher Klingelberger wurden Preise bis 17 600 Mark für Clewner bis 21 310 Mark, für Ruländer 15 650, weißer Bordeaux 19 300, Sylvaner 14 900 M. für das Hektoliter erzielt. Rotweine aus Zell sind mit 14 835 Mark, Spätburgunderbeerenauslese (Waldulmer) mit 17 900 Mark und Weißherbste (aus roten Trauben) von 6500 bis 9200 Mark gekauft worden, weißer Bordeaux zu 19 300 Mark.

Unter den adeligen Weinbergbesitzern figuriert der ehemalige Reichskanzler Prinz Max von Baden (Durbach) und der einstige Straßburger Statthalter Zorn v. Bulach (Durbach). Alle angebotenen Weine fanden raschen Absatz. Nun kommen die Steuern, der Zuschlag des Zwischenhandels der Gastwirte und Verkaufsstellen hinzu. Das arbeitende Volk kann diese Weine, die in Friedenszeiten zu Preisen von 30 bis 90 Mark pro Hektoliter verkauft wurden, nicht mehr kaufen. Der Verkaufspreis an die Weintrinker wird mehr als das Doppelte obiger Wucherziffern erreichen.

Noch eine Feststellung

Die Kommunisten und ihre Geldgeber.

Im Anschluß an die von den „Pol. Parl. Nachr." gemachten Angaben über die ständigen Millionenzuwendungen aus Rußland an die KPD. hatten wir unterm 4. April geschrieben:

„Auf dem letzten Jenaer Parteitag der KPD. weigerten sich die Parteirevisoren, der Zentrale und dem Kassierer Entlastung zu erteilen, weil ihnen keinerlei Unterlagen über die Kasseneingänge und deren Herkunft vorlagen. Sie waren nicht in der Lage, die Summen festzustellen, die die Zentrale

---

Zwei Begräbnisse

Von **Alfred Brust.**

Ich weiß nicht, weshalb mich das so ergreift. Aber ich möchte es hinausschreien, damit es alle hören, damit sie alle ein ganz klein wenig beiseitegehen und sich ein ganz klein wenig schämen.

Denn ich habe zwei Begräbnisse gesehen. Ein „großes" — und ein „kleines".

Das große Begräbnis war von unvergleichlicher Pracht. Der Sarg wurde mit großem Pomp durch das Hauptportal des mächtigen Doms ins Freie gebracht. Hier hoben ihn sechs barhäuptige Männer auf die Schultern und gingen unter Glockengeläut davon, indes sich ein langer Zug richtig daherschreitender Männer und Frauen entwickelte. Ganz vorn aber wurden Kränze getragen, und der recht kleine Sarg war an den zwölf Kanten üppig grün besäumt. Die verwachsene Tochter des kräftigen Mannes, der neben dem im Ornat würdig wandelnden Pfarrer gebeugten Hauptes dahinging, wurde zur letzten Ruhe gebettet. Eine Anwandlung von vorgefaßter Ergriffenheit lag auf allen Gesichtern. Nur zuweilen wagte es jemand, seinem Nebenmanne unbemerkt etwas zuzuflüstern. In den Fuhrwerken hinterher gab es allerlei Damen in schwarz — mit weißen Taschentüchern in den schmalen Händen. In dem ersten Wagen aber saß die Mutter: eine schöne Frau mit dem so häufig zu beobachtenden Verständnis Trauerkleider überaus sinnlich anzulegen.

Der Zug bewegte sich durch die ganze Stadt, gemessenen Schrittes, und als er lange nicht mehr sichtbar war, riefen die Kirchenglocken noch immer feierlich über den Häusern. —

Das kleine Begräbnis war von hinreißender Einfachheit. Der große Sarg wurde aus dem kleinen Pförtchen einer kleinen Kapelle ins Freie gebracht, auf einen einspännigen Wagen geschoben, und der alltäglich gekleidete Kutscher tat einen Peitschenknall. Der Sarg bestand aus acht weißen Brettern. Auf den Deckel war aus rosa Papier ein Kreuz geklebt. Sonst gab es nichts. Kein Pfarrer folgte. Und das war auch nicht nötig! Denn diesem Sarge folgte eine abgehärmte Frau, mit einem bunten Tuch um die Schultern, barfüßig in zerrissenen Hausschuhen. Ihr rechts und links zur Seite, die Mützen in den Händchen, gingen zwei Knaben, fünf- und sechsjährig, in einfachen grünen Leinenkittelchen und sauberen Strümpfen und Schuhen. Niemand weinte von diesen Dreien. Sie trugen den Kopf hoch und blickten weit vor sich hin, indes sie streckenweise laufen mußten, um dem raschen Pferdchen folgen zu können. O — es muß ein Vater gewesen sein, der es verstanden hat, mit Stolz die Armut zu ertragen.

Und nach dem ersten Laternenpfahl hinter der Kirche schwieg das Geläut. Und mir ist, als hätten diese Leidtragenden den Klang der Glocke gar nicht gehört.

Kübler: Schuster Aiolos

Im „Neuen Volkstheater" hat man am Sonnabend das Erstlingswerk eines jungen Dramatikers aufgeführt. Das Publikum war begeistert und der Beifall war groß und alle gingen befriedigt nach Hause.

Da wird es einem dann schwer, die Rolle des bösen Kritikers zu spielen, der mit erhobenem Zeigefinger die allgemeine Freude stört. Aber man ist dazu da, die Wahrheit zu sagen. Und die Wahrheit ist die, daß der „Schuster Aiolos", eine Komödie von Arnold Kübler, kein großes — und auch kein kleines — Kunstwerk ist.

Der alt und grau gewordene Kaiser von Rom Diocletian dankt ab, er hat keine Lust mehr; der Feldherr Valerius soll an seine Stelle treten, er kommt aber etwas zu spät; und in dieser Zwischenzeit, für etwa zwei Stunden, wird der griechische Schuster Aiolos Kaiser. Er ist auf den unbewachten Thron geklettert, er hat sich die liegengebliebene Krone aufgesetzt und spielt sich selber gerade eine Theaterszene vor — da kommen die Diener und Soldaten vorüber, halten ihn für den neuen Kaiser — und er muß wohl oder übel die Rolle weiter spielen, bis der „echte" Kaiser kommt und alles ein, wie es sich für Komödien gehört, friedliches Ende findet.

Der Bettler, der plötzlich Herrscher wird — das ist ein alter Komödienstoff. Viele Komödien sind schon aus ihm zurechtgeschnitten, gute und schlechte. Diese neue gehört leider nicht zu den guten. Sie gewinnt dem alten Stoff nicht einen einzigen neuen Gedanken, nicht eine einzige neue Situation ab. Der Schuster wird Kaiser — nun gut. Aber jetzt wäre zu zeigen gewesen, wie sich ein harmloser, einfacher „Untertan" eigentlich benimmt, wenn er plötzlich Herrscher, Herr über Leben und Tod wird. Wird er größenwahnsinnig? Stolz? Streng? Grausam? Oder bleibt er harmlos, einfach, bescheiden und gemütlich? Findet er sich zurecht? Oder macht er sich lächerlich?

Bei Kübler besteht der ganze Witz darin, daß die Hofschranzen wirklich so dumm sind, den Schuster für den Kaiser zu halten, bloß weil er die Krone auf dem Kopf hat. „Woran soll ich denn sonst den Kaiser erkennen, wenn nicht an der Krone"? sagt zum Schluß der Zeremonienmeister. Das ist der einzig wirkliche, ernsthafte, aus der Situation geborene Witz dieser Komödie. Alles andere ist von einer reichlich bescheidenen, ganz an der Oberfläche bleibenden Komik. Der Schuster auf dem Thron — was wäre daraus zu machen! Das könnte eine politische Satyre, eine Burleske, eine Posse, eine philosophierende Komödie, ein Witzspiel, es könnte sogar eine tragische Komödie werden. Bei Kübler ist es von alledem nichts: keine Spur von Tragik, keine Spur von Satire oder philosophischer Menschenbetrachtung, nicht einmal groteske, possenhafte Szenen gibt es; nichts als die alten, kindlichen Scherze eines Dilettanten-Theaters. Alles sehr sympathisch, sehr nett, von durchaus anständiger Gesinnung. Aber keine Spur anders, als wenn Herr Oberlehrer Meyer in Kötzschenbroda ein „Theaterstück" schreibt zum fünfzigjährigen Stiftungsfest des Kegelklubs „Schlaraffia".

Wenn dem Publikum des „Neuen Volkstheaters" das genügt, dann kann man weiter nichts gegen dieses Stücklein sagen. Denn es ist ebenso anständig und harmlos, wie es unbedeutend ist. Die Aufführung war dem Stück angemessen. Nur Rose Lichtenstein und Leonhard Steckel hoben sich über das Niveau. Das beste des Abends waren die Bühnenbilder von Maxim Frey, besonders das des ersten Akts.

Hans Siemsen

„Kollege Crampton" ist eins der nicht ganz, der nur zum Teil gelungenen in der Reihe der Hauptmannschen Dramen.

Ein in der philisterhaften Oede kleinstädtischen Kunstschulbetriebes verbummelter, an den Suff gekommener Künstler, wird aus tiefstem Elend — ja, was wird er? Wird er „gerettet"? Ein gutmütiger Junge, der Geld hat, heiratet das Töchterlein des alten Saufgentes und richtet ihm ein Atelier ein. Aber was ist damit getan? Wird er nun aufhören zu saufen? Wird er wieder arbeiten, wieder schaffen? Oder ist sein Genie im Kunstschulbetrieb schon erstickt und im Alkohol ersoffen? Wer weiß? Dieser gutbürgerliche sentimental-gemütliche Schluß mit obligater Verlobung gibt keine Antwort, er löst den Konflikt dieses verbummelten Genies nicht, er hängt einen etwas oberflächlichen Schluß an diese Komödie, die eigentlich eine Tragödie ist.

Gelungen und wirklich lebendig in diesem nicht gelungenen Drama ist nur der heruntergekommene, versoffene, kindische alte Künstler, dessen ganzes Wesen, in all seiner Verkommenheit doch von der Flamme einer edlen Genialität erleuchtet und erwärmt wird, die ihn, den Gebrochenen, doch hoch über seine spießbürgerlichen Gegner erhebt.

von den Russen erhalten hatte. Man versagte ihnen unter allerhand Ausflüchten die Auskunft und versteckte sich hauptsächlich hinter der „Illegalität". Erst nach Eingreifen der damals aus Moskau zurückgekehrten Clara Zetkin ließen sich die Revisoren breitschlagen, die Angelegenheit nicht dem Parteitag zu unterbreiten."

Auf diese ganz bestimmten Angaben wußte die „Rote Fahne" selbst nur mit einigen allgemeinen Redensarten zu antworten, gab aber im übrigen die Zuwendungen aus Rußland zu, ja sie bekannte mit der Genugtuung des Stipendiaten, für die russischen Millionen recht dankbar zu sein. Clara Zetkin selbst schwieg zunächst. Erst jetzt, nach Ablauf von mehr als einer Woche, bequemt sie sich in der „Roten Fahne" vom 12. April zu folgender „Feststellung":

„Ich stelle zu meinem „Breitschlagen" folgendes fest:

„Einer der Revisoren erklärte mir, es könne der Parteileitung und dem Kassierer nicht eher Decharge erteilt werden, bis die Höhe des von der russischen Partei überwiesenen Betrags als richtig von der Persönlichkeit anerkannt sei, die die Summe übermittelt habe. Ich solle veranlassen, daß zu diesem Zweck der Mittelsmann sofort nach Jena komme. Ich machte darauf aufmerksam, daß diese Forderung schon allein zeitlich nicht mehr erfüllt werden könne, — sogar eine einwandfrei festgestellte Erklärung könne nicht rechtzeitig in Jena eintreffen. Vor allem aber sei die Verwirklichung des Ansinnens durch die Umstände verboten, unter denen der betreffende Genosse im Auslande lebe. Wenn die Revisoren glaubten, die Eingänge der Partei einer besonderen Prüfung unterziehen zu müssen, so möchten sie zu diesem Zwecke eine besondere Kommission beantragen. Ich würde diesen Antrag unterstützen. Mir ist bis heute nichts von einem solchen Antrag bekannt geworden. Die Richtigkeit meiner Darstellung kann ich durch einen Zeugen erhärten.

„Ich stelle fest, daß eine geschlossene Sitzung des Parteitags zu Jena einen Bericht über die Geschäfts- und Kassenführung entgegengenommen und diskutiert hat.

„Völlig sinnlos ist der besondere Hinweis auf meine „Rückkehr aus Moskau", der offenbar vieles ahnen lassen soll. Ich habe von Moskau weder „Enthüllungen", noch „Weisungen", noch aber Perlen, Diamanten oder Dollars nach Deutschland gebracht.

„Ich stelle schließlich fest, daß unsere Kassen- und Buchführung in der Zeit zwischen dem Vereinigungsparteitag und dem Kongreß zu Jena genau die gleiche gewesen ist, wie in der Periode vor der Vereinigung. Von den Revisoren ist sie meines Wissens nicht beanstandet worden."

Kein Mensch wird aus dieser Feststellung schließen, daß unsere Angaben der Wahrheit nicht entsprechen. Ganz im Gegenteil, sie bilden eine Bestätigung. Clara Zetkin gibt zu, daß einer der Revisoren eine Decharge der Parteileitung und des Kassierers für unmöglich erklärte, so lange nicht Klarheit über die von der russischen Regierung (die von Clara Zetkin gebrauchte Wendung „von der russischen Partei" ist lächerlich) überwiesenen Beträge geschaffen ist, und sie gibt weiter zu, daß eine solche Klarheit nicht geschaffen wurde.

Noch bedeutsamer ist die weitere „Feststellung" von Clara Zetkin, daß die Kassen- und Buchführung nach dem Vereinigungsparteitag die gleiche gewesen ist wie in der Periode vor der Vereinigung. Vor der Vereinigung war sie nämlich unter aller Kritik, ja sie war solcher Art, daß sich die deutschen Verwalter der Moskauer Schätze scheuten, überhaupt Rechnung abzulegen oder auch nur einer von dem Parteitag gewählten Kommission Aufschluß zu geben über die Höhe der aus Rußland in Form von Perlen und Diamanten erhaltenen Millionen und über ihre Verwendung. Niemand weiß diese Dinge besser als gerade Clara Zetkin, wie ihr auch die heftigen Auseinandersetzungen ganz genau bekannt sind, die sich wegen der brüsken Weigerung der deutschen Schatzverwalter betreffs einer Rechnungsablage im Jahre 1919 in einer am Main gelegenen Stadt abspielten, Auseinandersetzungen, die in der Hauptsache den Grund zu einer Spaltung der damaligen KPD. bildeten.

Die Technische Nothilfe in Bayern

Aus Hanau erhalten wir vom Arbeiter-Schutzbund eine für sich sprechende Darstellung über das Einsetzen der Technischen Nothilfe. Auf der Braunkohlenzeche „Gustav" in Dettingen bei Kahl streiken seit über vier Wochen 1300 Mann. Der Streik ist vom Deutschen Bergarbeiter-Verband, desgleichen vom Christlichen Bergarbeiter-Verband und vom Gewerkschaftsbund der Angestellten als berechtigt anerkannt worden. Die Streikenden haben die ganze Zeit über die Notstandsarbeiten in vollem Umfange aufrechterhalten. Vor zehn Tagen nun haben die bayerischen Behörden gegen den Willen der Direktion die Technische Nothilfe unter dem Schutz von etwa 200 Mann Sipo und Landespolizei eingesetzt!

Alle Versuche der Organisation, die bayerische Behörde zu zwingen, den verfassungsmäßigen Zustand wieder herzustellen und dem Kapital in dem harten Kampf der Arbeiter nicht beizuspringen, scheiterten an dem Widerstand der stockreaktionären Behörden. In zwei Telegrammen wurde die Reichsregierung, insbesondere der Reichsinnenminister Dr. Köster, aufgefordert, hier einzugreifen. Bis zur Stunde ist aber auch von dieser Stelle nichts erfolgt. Die Arbeiterschaft muß überall ihre Stimme erheben und die sofortige Auflösung dieser Streikbrecherhorden fordern. Selbst die hier in Frage kommenden Führer des Bergarbeiterverbandes, die sämtlich Rechtssozialisten sind, bezeichnen in Versammlungen sowie in Wort und Schrift diesen Streich der bayerischen Behörden als eine gemeine Lumperei und fordern die Abberufung der Nothilfe. Soll dieser Protest auch der rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer nicht leerer Schall bleiben, dann muß der Hauptvorstand des Bergarbeiterverbandes nunmehr dazu übergehen, gegen die Macht der bayerischen Behörden die Macht der gesamten Bergarbeiterschaft einzusetzen. Nur so wird es gelingen, der Arbeiterschaft verfassungsgemäße garantierte Rechte zu erhalten.

Von der Reichsregierung muß zumindest nunmehr eine klipp und klare Antwort auf die Telegramme, die das Hanauer Gewerkschaftskartell und die einzelnen Organisationen an sie gerichtet haben, antworten."

Die famose Koalitionspolitik lähmt die rechtssozialistischen Mitglieder in der Regierung, die nicht das geringste gegen die reaktionären Angriffe auf die der Arbeiterschaft sogar verfassungsmäßig „verbürgten" Rechte zu unternehmen sich getrauen. Die Reaktion hat daher gute Tage, dank der Politik der — Rechtssozialisten, die ja übrigens die Mittel für die Technische Nothilfe vor einigen Tagen bewilligten.

Beiräte für die Reichsbahn

Der Reichsrat gab der Regierungsvorlage betreffs des Entwurfs eine Verordnung über die Beiräte für die Reichseisenbahn seine Zustimmung, nachdem er in verschiedenen Punkten den Text des Entwurfs geändert hatte. So wurde ein besonderer Landeseisenbahnrat — die Bezeichnung „Bezirkseisenbahnrat" ist fortgefallen — für den Direktionsbezirk Erfurt eingerichtet, ein weiterer besonderer Eisenbahnrat in Dresden und aus den bisher vereinigten Bezirkseisenbahnräten für Baden und Württemberg sind zwei besondere Landeseisenbahnräte mit dem Sitz in Stuttgart und Karlsruhe beschlossen worden. Die Ausschüsse haben daran festgehalten, daß die wirtschaftlichen Körperschaften kein Ernennungs-, sondern ein Vorschlagsrecht haben. Die Ernennung selber steht den Landesregierungen zu. Die Zahl der Mitglieder des Reichseisenbahnrats ist auf 50 erhöht worden, und zwar findet hinsichtlich der Zahl der zu wählenden Mitglieder eine Staffelung der Landeseisenbahnräte nach Größe und Bedeutung statt. Köln und München entsenden je 5, Berlin, Breslau, Bremen, Frankfurt, Hamburg, Cassel und Magdeburg je 4, Erfurt, Karlsruhe, Königsberg und Stuttgart je 3 Mitglieder. Unter den vom Reichswirtschaftsrat zu ernennenden Mitgliedern sollen sich befinden je ein Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den Kreisen der Privatbahnen, der Binnenschiffahrt, der Seeschiffahrt, des Handwerks und des Bergbaues.

Die Mitglieder der Landeseisenbahnräte und die vom Reichswirtschaftsrat gewählten Mitglieder des Reichseisenbahnrats dürfen nicht im Dienst der Reichseisenbahnverwaltung stehen. Die Verordnung soll am 1. Mai in Kraft treten.

Frauen als Schöffen und Geschworene

Der Zulassung von Frauen als Schöffen und Geschworene steht nichts mehr im Wege, nachdem nunmehr der Reichsrat mit 30 gegen 23 Stimmen dem vom Reichstag bereits angenommenen Gesetzentwurf ebenfalls seine Zustimmung erteilt hat. Die preußischen Stimmen wurden geteilt abgegeben. Der Vorschlag der Reichsregierung über die Zulassung der Frauen zu Aemtern und Berufen der Rechtspflege, nicht nur zum Berufsrichtertum, sondern allgemein zu allen Aemtern und Berufen der Rechtspflege, zur Staatsanwaltschaft, Rechtsanwaltschaft, zum Notariat und auch zum Amt des Gerichtsvollziehers und Gerichtsschreibers, stimmte der Reichsrat mit 38 Stimmen gegen 25 Stimmen zu. Auch bei dieser Vorlage stimmten die Vertreter der preußischen Provinzen getrennt. Bayern stimmte gegen die Vorlage mit der Begründung, die bayerische Regierung hätte lieber ein allmähliches Vorgehen gesehen.

Gemeinsame proletarische Kundgebungen in Oesterreich

Am Montag abend erstattete Genosse Fritz Adler vor einer Vollversammlung des Wiener Kreisarbeiterrates Bericht über den Verlauf der Berliner Konferenz. Adler äußerte sich über die Ergebnisse der Konferenz sehr befriedigend und gab sogar seiner Ueberraschung Ausdruck, wie schnell die Zusammenfassung des internationalen Proletariats, die sich die Wiener Arbeitsgemeinschaft auf ihrer vorjährigen Gründungskonferenz zum Ziele gesetzt habe, ihrer Verwirklichung nahe gebracht worden sei. Adler hielt bei dieser Gelegenheit auch Abrechnung mit den österreichischen Kommunisten, die bereits versucht haben, die gemeinsame Aktion zu Parteivorteilen auszunutzen. Es handle sich bei der gemeinsamen Aktion um zu ernste Dinge und er empfinde es als frivol, wenn man da sein „Parteisüppchen kochen wollte.

Dem Bericht Adlers schloß sich eine kurze Diskussion an, an welcher sich verschiedene Kommunisten beteiligten. Hierauf gelangte folgender Antrag der Obmännerkonferenz zu einstimmiger Annahme:

„Der Kreisarbeiterrat beschließt: Am 20. April d. J. findet nach Arbeitsschluß ein Massendemonstrationsaufmarsch der Wiener Arbeiterschaft für die von der Berliner Konferenz der drei internationalen Exekutiven erhobenen Forderungen statt.

Der Kreisarbeiterrat setzt ein zehngliedriges Komitee ein, das im Einvernehmen mit den Gewerkschaften sowie den proletarischen Parteien für die organisierte Durchführung zu sorgen hat."

Zu Mitgliedern des zehngliedrigen Komitees wurden gewählt: Otto Bauer, Julius Deutsch, Feistl, Heinz, Köhler, Pölzer, Paul Richter, Sevor sowie die Kommunisten Friedländer und Koritschoner.

Daraus geht hervor, daß in Oesterreich das Proletariat geschlossen und gemeinsam zu der auf der Berliner Konferenz beschlossenen Kundgebung aufmarschieren wird. Wir bedauern um so mehr, daß ein Zusammenschluß der drei proletarischen Verbände zu gleichem Zweck in Deutschland durch das abweisende Verhalten des rechtssozialistischen Parteivorstandes nicht möglich ist, hoffen aber, daß wenigstens lokal eine solche Zusammenfassung zustande kommt.

Kleptomanie oder — ?

Nach einem alten Erfahrungssatze sollen Bücher eine wenig gute Eigenschaft haben: einmal ausgeliehen, kehren sie meist recht selten in die Hand des rechtmäßigen Eigentümers zurück. Jeder, der privatim über eine wenn auch bescheidene Büchersammlung verfügt, hat sicher bereits derartige traurige Erfahrungen gemacht. Die „Bücherkleptomanie" grassiert, seit Gutenbergs erste Bibel das Licht der Welt erblickte; die Kriminalgeschichte verzeichnet sogar einige markante Fälle, wo geistig sehr hochstehende Personen aus Bücherwut zu Verbrechern wurden. Auch heute noch gibt es „geschätzte" Mitbürger, die sich ganz ansehnliche Bibliotheken „zusammengeborgt" haben.

Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß ganz besonders die öffentlichen Bibliotheken unter solchen „Bücherfreunden" zu leiden haben. Die der Allgemeinheit zugänglichen Schätze der Wissenschaft und Literatur sind natürlich in erhöhtem Maße der Gefahr ausgesetzt, durch Diebstähle schwer geschädigt zu werden. Durch zum Teil ziemlich scharfe Kontrollmaßnahmen hat man dies Treiben, das zweifellos ein Verbrechen gegen die Allgemeinheit bedeutet, einzudämmen versucht. Vergebens! Der Spürsinn der Bücherdiebe fand Mittel und Wege, meistens unersetzbare Werke unauffällig in die eigenen Bibliotheken verschwinden zu lassen.

Besonders hat unter solchen Diebstählen die durchaus nicht jedem zugängliche Staatsbibliothek zu leiden gehabt. Schon seit längerer Zeit beschäftigt sich die Kriminalpolizei mit dem rätselhaften Verschwinden von seltenen alten Drucken und auch neuerer Werke. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf den Studienrat Dr. Dobe vom Sophiengymnasium. Eine Haussuchung förderte einen Teil der entwendeten Bücher, darunter auch wertvolle Frühdrucke, zutage. Seine Erklärung, daß er alles rechtmäßig aus dritter Hand erworben habe, dürfte sich schon durch die Tatsache als hinfällig erweisen, daß jedes Buch mit amtlichem Stempel versehen ist. Man darf auf den Fortgang der noch schwebenden Untersuchung gespannt sein. Ein Studienrat ist eben kein gewöhnlicher Arbeiter, der sich in bitterer Not an dem geheiligten Eigentum anderer vergreift.

Diese Art der „Kleptomanie" ist bisher nur den „Gebildeten" vorbehalten geblieben.

Selbst dann noch, wenn er, in allerdings recht untertanem Laster und keineswegs genialer Weise vor „seinem Herzog" in Ehrfurcht fast erstirbt, selbst dann noch bleibt dies große, unvernünftige Kind menschlich und liebenswürdig.

Klöpfer übertrieb die Verwahrlosung vielleicht etwas. Sein Crampton ist ein völlig hoffnungsloser Säufer, der niemals wieder etwas leisten wird, und wenn man ihm zehn neue Ateliers einrichtet. Wundervoll und zu Herzen gehend, aber ist er in allen kindlich-genialen Zügen. — Guido Herzfeld als treues Faktotum, Hans Sternberg und Ludwig Donath als reiches, aber ungleiches Brüderpaar assistierten ihm vortrefflich. Die Regie des „Lessing-Theaters" (J. E. Herrmann) wußte inhaltslose Längen nicht zu vermeiden. Der sehr reichliche Beifall galt (und mit Recht!) vor allem Klöpfer. H. S.

Im Deutschen Opernhaus wurde Kienzls „Evangelimann" aus der Intendantenkommode ehemaliger Bühnenzugstücke gekramt und verfehlte nicht seine Publikumswirkung. Der menschlich rührselige Zug, der in der schweren Sühne des einen Bruders für die Tat des andern die Handlung ins Gemüt prägt, verleiht der musikalisch unscheinbaren Oper eine gewisse Lebenszähigkeit. Ein neuer Beweis, wie entscheidend das Textbuch für die Dauerhaftigkeit eines Bühnenwerkes ist. Gesungen und gespielt wurde anständige „Provinz", und ebenso belanglos und zweckdienlich war die Inszenierung. —sch.

Melos-Kammermusik. Der zehnte Melos-Abend, interessant und anregend wie bis jetzt alle Veranstaltungen, die uns als künstlerischer Leiter Fritz Windisch beschert hat, vermittelte die Bekanntschaft mit neuen Werken englischer und französischer Herkunft. Wir hörten eine Sonate op. 21 des in London auch als Dirigenten hochgeschätzten Eugène Goossens, ein vortrefflich gearbeitetes Werk, in dem sich vielleicht nicht die Intuition einer wahrhaft schöpferischen Persönlichkeit, aber warmes, echt musikalisches Gefühl und blühender Klangsinn offenbart — Eigenschaften, die bei der älteren englischen Generation nicht eben häufig anzutreffen sind. So war es erfreulich, hier einen Repräsentanten der jüngeren, wesentlich an französischen Vorbildern herangebildeten Komponistenschule kennenzulernen. Viel stärker freilich als die Sonate des Engländers, die von Géza und Nora von Kresz vorgetragen wurde — und man lauschte mit Befriedigung dem exakten, technisch und geistig klaren Zusammenspiel des grundmusikalischen Künstlerpaares — stärker, ursprünglicher und fesselnder war ohne Zweifel das Streichquartett von Darius Milhaud, dessen Uraufführung Lambinon und seine ausgezeichneten Quartettgenossen in gewohnter Vollendung boten. Man wird sich den Namen Milhaud merken müss. In diesem Streichquartett, dem vierten des überaus produktiven jungen Franzosen, insbesondere in dem langsamen, trauermarschartigen Mittelsatz, verrät sich eine so zwingende Kraft musikalischer Erfindung und Gestaltung, daß das Werk, in der verblüffenden Knappheit seines Aufbaues, in seiner eindringlich-straffen Rhythmik und charaktervollen Harmonik, unmittelbare Wirkung auch auf solche Hörer üben mußte, die vielleicht nicht willig sind, sich auf die Ausdrucksart dieser neuen Musik einzustellen. Ja, hier ist wirklich neue Musik im Werden, die Tatsache darf nicht mehr übersehen werden. Heute stellt, wie es scheint, die unter der Vorherrschaft des Wagner-Epigonen Richard Strauß arg verkümmerte Kammermusik die führenden Männer. Es bleibt ein Verdienst der Melos-Gesellschaft, in ihrem Rahmen auch die musikalischen Führer der einst feindlichen Länder, Franzosen, Engländer, Italiener, der deutschen Oeffentlichkeit vorzustellen und damit auf musikalischem Gebiet zur Wiederherstellung internationaler Beziehungen beizutragen. So wird hier außer der künstlerischen Tat ein schönes Stück pazifistische Arbeit geleistet. Klaus Pringsheim.

Dichter und Bauarbeiter. In einer Sendung neuer Manuskripte, die uns unser Mitarbeiter Dortu sandte, liegt auch ein Brief mit folgenden Zeilen. Er ist so schön, daß wir ihn, obwohl er nur für die Redaktion bestimmt war, veröffentlichen wollen. Dortu schreibt uns:

Seit 1. April bin ich Bauarbeiter. Zum Winter werde ich dann wieder Bücher schreiben.

Handarbeit ist doch viel schöner als Kopfarbeit.

Wissen Sie, was ich bin? Schneidmüller!

Was ist das für Arbeit? Das ist Zimmermannsarbeit!

Ich schneide mit der Maschine Balken, Bretter, Riegel und Striegel — im Freien natürlich — umsungen vom Sturm — umliebt von der Sonne — erfreut von farbenschönen Wolken.

Unser Werk wächst — wir bauen 50 neue Häuser. Und wir singen — und wir vertrauen [illegible]

Ich sage: schönes, schönes Leben! — Addio!"

Festabend der Sozialistischen Proletarierjugend aus Anlaß der Reichskonferenz am Karfreitag, den 14. April, abends 8.30 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses mit erlesenen künstlerischen Darbietungen. Mitwirkende: Das Trio Erna Schulz (Violine), Dr. Töll (Klavier), Lola Trau-Sißlinger (Cello), Käte Mendsen (Gesang), Wolfgang Heinz vom Staatsschauspielhaus (Rezitation). Der Eintritt ist frei.

Der Berliner Volks-Chor (Dirigent: Dr. Ernst Zander) veranstaltet am 24. und 26. April in der Garnisonkirche zwei Aufführungen der Matthäuspassion von Bach unter Mitwirkung des Blüthner-Orchesters. Solisten: Frau Thornerd-Offer, Frau Werner-Jensen, Herr Paul Bauer, Kammersänger Werner Engel, Herr Alfred Göbel, Herr Joh. Rohrbach. Sämtliche Karten vergriffen.

Die Wohnungsmangel-Verordnung

Nur wenigen Mietern dürften die Einzelheiten der Wohnungsmangel-Verordnung bekannt sein. Es sind sogar eine ganze Reihe von Anordnungen, welche die möglichst restlose Erfassung des vorhandenen Wohnraumes regeln sollen. Nach Artikel 115 der Reichsverfassung ist zwar die Wohnung jedes Deutschen für ihn „eine Freistätte und unverletzlich", aber nach § 9 der Wohnungsmangel-Verordnung sind die Wohnungsämter berechtigt, Eingriffe in die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums vorzunehmen, soweit sie zur Behebung oder Milderung der Wohnungsnot erforderlich sind." Als übergroß gelten in Berlin Wohnungen, bei denen die Zahl der Zimmer die Zahl der Bewohner um eins übersteigt, wobei je zwei Kinder unter 12 Jahren als ein Erwachsener gerechnet werden. Die Zubilligung eines Arbeitszimmers ist in besonderen Fällen statthaft. Die Verhandlungen über Abgabe von Räumen sind mit dem Inhaber des Mietvertrages, nicht mit dem Hausbesitzer zu führen. Beschwerde gegen die Beschlagnahme ist binnen einer Woche beim Mietseinigungsamt einzulegen, aber an das Wohnungsamt zu richten. Das Wohnungsamt kann trotz der Beschwerde die Beschlagnahme durchführen, wenn es im „Interesse des Gemeinwesens" notwendig erscheint und gütliche Einigung nicht zu erzielen war. Die Maßnahmen der Wohnungsämter sollen aber keinen polizeilichen Charakter haben, weshalb auch im Zwangsfalle immer noch angemessene Frist gelassen wird, die Räume freizumachen und die Möbel anderweit unterzubringen.

Mit diesen weitgehenden Bestimmungen, deren letzte vom 11. Juli 1921 datiert, steht leider die Praxis noch viel zu wenig im Einklang. Es könnten genug Fälle angeführt werden, in denen Einzelpersonen drei Zimmer bewohnen. Aus Treptow, wo die Duldsamkeit des Wohnungsamtes neuerdings recht starke Kritik herausfordert, wird berichtet, daß man eine einzelne Frau, die beim Bezirksamt beschäftigt ist, zwar zur Aufgabe der bisher gemieteten drei Wohnräume, von denen sie zwei abvermietete, Räume kündigte und nicht wieder vermieten wollte, genötigt hat, ihr aber im Tausch eine Zweizimmerwohnung zuwies, was nach der Wohnungsmangel-Verordnung unzulässig ist. Während diese eine Frau nur ein Zimmer zu beanspruchen hat, aber zwei Zimmer zugewiesen erhält, und während man einem Tauschlustigen, der sich guter Beziehungen zum Wohnungsamt erfreut, amtlich mehr Zimmer verschaffen will, als er bisher auskömmlich hat, wohnen gerade in dem dichtbevölkerten Berliner Ortsteil Treptows ein halbes Dutzend und mehr Personen in einer Zweizimmerwohnung. Der eine Fall betrifft sieben Personen, darunter fünf Erwachsene, der andere Fall neun Personen, darunter sieben Erwachsene, die in zwei Zimmern zusammengepfercht hausen müssen.

Erwerbslosenfürsorge. Von der Erwerbslosenfürsorge im Verwaltungsbezirk Lichtenberg wurde während der Woche vom 3. bis 8. April an Unterstützungsgeldern 77 073,50 M. ausgezahlt. Neue Anträge stellten 218 Personen (162 Männer und 56 Frauen), während 350 Personen (283 Männer und 67 Frauen) in den Listen gestrichen werden konnten. Am 8. April 1922 waren insgesamt 3092 Unterstützte eingetragen, davon 2324 Männer und 768 Frauen.

Die Bluttat in Lichterfelde. Der Mutermörder Roman Müllner aus der Albrechtstraße 16 zu Lichterfelde befindet sich nach den letzten Feststellungen noch in Berlin. Ein Unterwachtmeister der Schutzpolizei, der in bürgerlicher Kleidung war, erkannte ihn nach dem durch Säulenanschlag verbreiteten Bilde des Gesuchten bestimmt wieder in einem Fahrgast, der in einem Abteil eines Stadtbahnzuges zwischen Wilmersdorf und Friedenau saß. Als dieser bemerkte, daß er von dem Mitfahrenden gemustert wurde, riß er auf der Station Ebersstraße die Abteiltür auf und sprang aus dem noch in voller Fahrt befindlichen Zuge hinaus. Jetzt trug der Gesuchte statt der auf der Bekanntmachung mitgeteilten Kleidung einen braunen Mantel und eine graukarierte Mütze. Unter Hinweis auf die auf seine Festnahme ausgesetzte Belohnung von 3000 Mark werden alle Personen, die über seinen Aufenthalt Angaben machen können, ersucht, sich bei der Berliner oder Steglitzer Kriminalpolizei zu melden. An dem Tatort der entsetzlichen Bluttat fand gestern vor Vertretern des Gerichts ein Lokaltermin statt, dem sich eine erneute Vernehmung der Schwester anschloß. Diese machte hierbei dieselben Angaben, die wir gestern mitteilten.

Von einem Leichenwagen überfahren und getötet wurde gestern ein sechs Jahre altes Mädchen Annemarie Retzlaff aus der Stephanstraße 43. Die Kleine geriet vor dem Hause Rügener Straße 11 im Eifer des Spiels unter die Räder des Wagens, den sie nicht herankommen sah und wurde so schwer verletzt, daß sie schon auf dem Wege nach der Rettungswache in der Badstraße starb. Hier stellte der Arzt einen Schädelbruch fest.

Ein unaufgeklärter Todesfall beschäftigt die Neuköllner Kriminalpolizei. In der Nacht zum 4. d. M. brachte ein Mann den 37 Jahre alten Maurer Georg Lukas, einen wegen Eigentumsvergehen wiederholt bestraften Mann, mit einer Schußverletzung nach der Rettungswache in der Prinz-Handjeristraße zu Neukölln. Diese führte ihn dem Krankenhaus in Buckow zu. Dort ist Lucka seiner Verletzung erlegen. Sein Begleiter hatte vor seinem Tode der Polizei von dem Vorfall nichts gemeldet. Jetzt sagt er, Lucka sei in jener Nacht um 4 Uhr an der Ecke der Jäger- und Mainzer Straße an zwei Männer herangetreten, die dort gestanden hätten. Plötzlich hätte einer von ihnen einen Schuß abgegeben und Lucka getroffen. Dann seien beide davongelaufen und entkommen. Wer zur Aufklärung des Vorfalles beitragen kann, wird ersucht, sich im Zimmer 62 des Neuköllner Polizeipräsidiums zu melden.

Volksbildungsamt Reinickendorf. Am Charfreitag, abends ½8 Uhr, findet in der Aula des Realgymnasiums Reinickendorf, Bernerstr., ein Brahmsabend statt. Es wirken mit: das Steiner-Rothstein-Quartett, Dora Benda-Hamann (Bratsche), Ida Harth zur Nieden (Alt). Eintritt 3 Mark. Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

Berliner Postverkehr zu Ostern. Am Karfreitag und am 1. Osterfeiertag finden im Ort Paketbestellungen statt. Wertpakete werden am Karfreitag nicht bestellt. Die Ortsbriefbestellung ruht am 2. Feiertag. Geldbestellung wird an beiden Feiertagen, soweit nicht etwa Betriebsrücksichten Ausnahmen notwendig machen, nicht ausgeführt.

Sparkasse der Stadt Berlin. Am Sonnabend, dem 15. April d. J., bleiben sämtliche Spar- und Girokassen der Stadt Berlin für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Das Volksbad Biesdorf ist während der Karwoche an folgenden Tagen geöffnet: Donnerstag, 13. April 1922 von 12 bis 4 Uhr für Herren, von 4 bis 8 Uhr für Damen; Sonnabend, 15. April 1922 von 12 bis 4 Uhr für Damen, von 4 bis 8 Uhr für Herren.

Das Standesamt Rauldsdorf ist am 2. Osterfeiertag von 10 bis 11 Uhr vormittags geöffnet.

In der Scala fällt am Karfreitag die Varietévorstellung aus. An beiden Osterfeiertagen finden um 3½ Uhr die üblichen Nachmittagsvorstellungen zu halben Preisen statt.

Gewerkschaftliches

Zur Preispolitik der Kohlenjunker

Die erste Bergbau-Reichskonferenz des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Vom Bergbau-Beirat der Afa wird uns geschrieben:

Am 9. April d. J. tagte in Magdeburg die erste Bergbau-Reichskonferenz des Afa-Bundes, zu der aus allen Bergrevieren Vertreter der an der Organisation der technischen und kaufmännischen Bergbauangestellten beteiligten Afa-Verbände — Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeister-Verband, Zentralverband der Angestellten, Deutscher Fördermaschinisten-Verband — erschienen waren, um zu den für das gesamte deutsche Volk wichtigen

Wirtschaftsfragen des deutschen Bergbaues

Stellung zu nehmen. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands war durch ein Vorstandsmitglied vertreten.

Zu den Punkten 1 und 2 der Tagesordnung, „Stellungnahme zu den Verhandlungen über die Festsetzung der Kohlenpreise und der Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats" und „Zentrale Lohnverhandlungen" erstattete der Geschäftsführer des Butab, Steiger Werner, tiefgründige Referate. In der nachfolgenden längeren Diskussion, die entsprechend der Bedeutung des Bergbaues und insbesondere der Kohlenpreisfrage für die Allgemeinheit auf einer bemerkenswerten Höhe stand und sich in rein sachlichem Rahmen bewegte, wurde die unbarmherzige

Preispolitik der Bergwerksbesitzer einer scharfen Kritik unterzogen.

In einer einstimmig angenommenen Resolution billigte die Konferenz die ablehnende Haltung der freigewerkschaftlichen Vertreter im Großen Ausschuß des Reichskohlenrates anläßlich der letzten Kohlenpreiserhöhung. Die Resolution fordert außerdem, daß zum Zwecke der unbedingt notwendigen Mehrforderung der Bergbau technisch auf den höchsten Stand zu bringen ist, daß aber derjenige Anteil am Kohlenpreise, der als Grundlage zur Schaffung neuer und zum Ausbau der vorhandenen Anlagen dient, in den Besitz der Allgemeinheit überführt und unter Kontrolle und gleichberechtigter Mitbestimmung der Arbeitnehmer verwendet wird. Den vom Kohlensyndikat vorgelegten Entwurf zur Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats lehnte die Konferenz ab, weil bei Inkrafttreten des Entwurfes der größte Teil der Förderung infolge Ausdehnung des Begriffes „Zechenselbstverbrauch" der Verfügung des Reichskohlenrates entzogen und damit die seit kurzem erst ins Leben gerufenen bescheidenen Ansätze zur Schaffung einer

wirklichen Gemeinwirtschaft im Kohlenbergbau

zerstört werden würden. Eine weitere einstimmig angenommene Resolution erkennt die Notwendigkeit der zentralen Lohn- und Gehaltsverhandlungen für den gesamten Bergbau an und betont erneut ein enges Zusammenarbeiten mit der Arbeiterschaft in diesen Fragen.

In den für alle Arbeitnehmer im Bergbau wichtigen Fragen des zu schaffenden Reichsknappschaftsgesetzes stellte sich die Konferenz auf den Boden der vom alten Bergarbeiter-Verband gemachten Vorschläge. Ueberhaupt ist hervorzuheben, daß das Zusammenarbeiten mit dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands ein durchaus gutes und gesundes ist, und daß in wirtschaftlichen und organisatorischen Fragen die Meinungen vollständig übereinstimmen. Der Vertreter des Bergarbeiter-Verbandes brachte das in warmen Worten zum Ausdruck.

Eine eingehende Aussprache über die innerorganisatorischen Angelegenheiten hatte ein gutes Ergebnis und läßt hoffen, daß das bereits bestehende einheitliche Vorgehen der vier Angestelltenverbände in Zukunft noch planvoller geschieht.

Der Tod hält Ernte

Johann Schneider, Theodor Schwartz.

Zwei alte verdiente Gewerkschafter sind in den letzten Tagen wieder von uns gegangen. Der Verband der Porzellan-Arbeiter und -Arbeiterinnen, der erst vor kurzem seinen zweiten Vorsitzenden Welzel verlor, beklagt jetzt den Verlust seines Redakteurs des Verbandsorgans, „Die Aneise", Johann Schneider. Am 7. Mai 1865 in Trautliebersdorf in Schlesien geboren, lernte er Porzellandreher und beteiligte sich frühzeitig an dem Ausbau seiner Organisation. Im Jahre 1899 wurde er zum Verbandsschriftführer gewählt, blieb in dieser Funktion bis 1919 und redigierte bis zu seinem Hinscheiden obiges Organ.

Das ehemalige Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der gelernte Former Theodor Schwartz, wurde am 14. April 1841 in Lübeck geboren, hörte als junger Wandergeselle Lassalle reden und schloß sich frühzeitig dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein an. Er gründete nach seiner Rückkehr in die Heimat eine Ortsgruppe dieses Vereins, im Jahre 1891 schuf er den Zentralverband der deutschen Former, dessen Vorsitzender er bis zu dessen Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband im Jahre 1901 blieb. Schwartz fungierte auch als Reichstagsabgeordneter und war Mitglied der Lübecker Bürgerschaft. Von 1895 an leitete er die Lübecker Sozialdemokratische Parteidruckerei. Er veröffentlichte verschiedene kleine Arbeiten zur Geschichte seiner engeren Heimat und erwarb sich um Partei und Gewerkschaften große Verdienste.

Ehre ihrem Andenken!

Herstellung der Freizügigkeit

Beseitigung des schikanösen Ausnahmerechtes gegen die Landarbeiter.

Die Demobilmachungsverordnung vom 16. März und 28. Oktober 1919 zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft wurde mehr und mehr zu einer Geißel für die Landarbeiterschaft. Die Verordnung hob tatsächlich die Freizügigkeit der Landarbeiter auf. Hatte sie während des Krieges und unmittelbar danach eine Berechtigung, so ging diese im Laufe der Zeit immer mehr verloren. Nutzen hatten nur die Arbeitgeber. Dem schlecht entlohnten Landarbeiter war die Abwanderung zur besser bezahlten Industrie durch die Verordnung verwehrt, und das machten sich die Arbeitgeber teilweise zunutze.

Anläßlich der Beratung eines Gesetzentwurfes über die Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilmachungsverordnungen gelang es, diese jetzt durch nichts mehr gerechtfertigte Ausnahmebestimmung zu beseitigen. Der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes, der Reichstagsabgeordnete Georg Schmidt, benutzte den Anlaß, die Aufhebung im Reichstage zu beantragen. Der Reichstag stimmte dem Antrage zu, dagegen stimmten die deutschnationale Volkspartei und die Volkspartei. Mit dem Beschluß hat der Reichstag dem Empfinden der Landarbeiter Rechnung getragen. Die Regierungen der Länder haben nicht mehr das Recht, die aufgehobene Verordnung aufrechtzuerhalten.

Deutschnationale gegen die Landarbeiter

Der Schlichtungs-Ausschuß Groß-Berlin fällte am 17. März 1922 in einer Lohnstreitsache der städtischen Gutsarbeiter mit dem Magistrat einen Schiedsspruch, der den Gutsarbeitern eine Lohnerhöhung ab 1. Februar d. Js zubilligt.

Der Magistrat und die Arbeitnehmer haben dem Schiedsspruche zugestimmt. Der Magistrat hat die für Februar fälligen Beträge als Vorschuß gewährt. Die Auszahlung der für März und April fälligen Löhne machte er abhängig von der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.

In später Stunde beschäftigte sich die Stadtverordnetenversammlung am Dienstag Abend mit dieser Angelegenheit und wurde die Vorlage, nach Verständigung mit den Parteien, in erster Lesung verabschiedet. Die 2. Lesung und damit die Verabschiedung scheiterte am Widerspruch der deutschnationalen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung. Alle Bemühungen der Stadtverordneten und der Magistratsmitglieder, die deutschnationale Partei von ihrem Widerspruch abzubringen, waren vergeblich. Damit ist die Erledigung und die Auszahlung der am 1. 3. 22 fälligen Löhne verhindert worden.

Die Gutsarbeiter Berlins haben außerordentlich niedrige Löhne. Die Löhne der Freiarbeiter, d. h. der Arbeiter ohne Deputat betragen zurzeit etwas über 5 Mark für die Stunde; die Löhne der Deputanten sind natürlich wesentlich niedriger.

Die deutschnationale Volkspartei, die fortgesetzt für Preiserhöhungen der landwirtschaftlichen Produkte eintritt, hat es durch ihre Haltung fertig gebracht, den städtischen Gutsarbeitern, die von ihnen dringend benötigte geringe Lohnerhöhung bis auf weiteres zu verhindern. An dieser Handlungsweise mögen die Landarbeiter erkennen, wie es um die Arbeiterfreundlichkeit jener Leute bestellt ist. Dem Magistrat, der dem Schiedsspruch zugestimmt hat, muß aber gesagt werden, daß er unter allen Umständen Mittel und Wege zu suchen hat, um den in der größten Notlage befindlichen Gutsarbeitern noch vor dem Osterfest, die ihnen bisher vorenthaltenen Löhne zur Auszahlung zu bringen.

Neue bürgerliche Hetze gegen die Eisenbahner

Der Deutsche Eisenbahner-Verband teilt mit:

Das „Berliner Tageblatt" bringt in seiner Nummer 169 vom 9. d. Mts. ein Inserat des Verbandes der Berliner Kohlen-Großhändler E. V. und der Berliner Koks-Vereinigung G. m. b. H., welches in großen Lettern verkündet: „Berlin ohne Koks". Der erste Satz dieses Inserats lautet: „Infolge des Verkehrsstreiks im Februar d. J., infolge der **andauernd unzulänglichen Leistungen der Eisenbahner** und infolge der kalten Witterung sind die Kokslager in Berlin sowohl beim Kohlenhandel wie auf den Gasanstalten längst geräumt."

Diese Behauptung stellt eine ungeheuerliche Verleumdung des Eisenbahnpersonals dar. Wir sehen uns nicht veranlaßt, diese krasse Behauptung mit ausführlichem Ziffernmaterial zu widerlegen, verweisen vielmehr auf die in letzter Zeit des öfteren gegebenen Berichte des Reichsverkehrsministers, die die Eisenbahner in ihren Leistungen einigermaßen objektiv beurteilen, und dieselben anerkennen.

Minister Gröner ist verpflichtet, sich gegen derartige Anwürfe, die die Eisenbahner herabsetzen, mit aller Entschiedenheit zu wenden.

Turbinenmonteure der AEG-Turbine. Die angesetzte Versammlung am 2. Osterfeiertag findet nicht bei A. Sturz, Huttenstraße, statt, sondern um ½9 Uhr im Verbandshause des D.M.V., Linienstraße 83/85.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Eine Geschäftsleitungssitzung findet am Sonnabend nachmittag 2 Uhr statt. Erscheinen dringend notwendig.

Die Geschäftsleitung.

Donnerstag, den 13. April.

Rosenthal: Zahlabend bei Schmidt, Linden-Allee. „Freiheit"-Leser sind eingeladen.

Freitag, den 14. April.

Sozialistische Proletarier-Jugend Charlottenburg. Nachmittags 3 Uhr: Mitgliederversammlung Bismarckstr. 49 vorn 1 Tr. Anschließend Teilnahme an der Begrüßungsfeier zur Reichskonferenz im Gewerkschaftshaus.

Arbeitersport

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" Berlin. Touren für den 14., 15., 16., 17. April. 1. Abt.: 14. April Eberswalde. Start 8 u. 12 Uhr. — 16. April nach Wensickendorf. Start 6 Uhr; nachmittags 1 Uhr nach Summt. — 17. April nach Gradowsee. Start 6 Uhr, nachmittags nach Birkenwerder (Japan). Start 1 Uhr Bülowstr. 56. — 2. Abt.: 4-Tagestour nach Beeskow—Guben—Lübben. Start früh 5.30 — 17. April nach Werdisch-Buchholz. Start 6 Uhr, Planufer 63. — 3. Abt.: 14. April nach Erkner—Gosen—Eichwalde. Start 7 Uhr. — 16. u. 17. April 2-Tagestour nach Rheinsberg. Start 6 Uhr. — 17. April nach Birkenwerder (Japan). Start 1 Uhr, Lanstherplatz. — 5. Abt.: 14. April Herrentour. Start 7.30 Uhr. — 16. April nach Rahedrück. Start 1 Uhr. — 17. April nach Liepnitzsee. Start 12 Uhr. — 16. April 2-Tagestour nach Freienwalde. Start 5 Uhr. Arnswalderplatz. — 6. Abt.: 14. April Streifzüge nach Birkenwerder. Start 10 Uhr. — 16. April nach Hirschgarten (Waldburg). Start 1 Uhr. — 17. April nach Bernau (Elysium). Start 1 Uhr, Rosenhagenerstr. 26. — 7. Abt.: 14. April nach Stolpe (Dorf). Start 1 Uhr. — 15. April nach Fürstenwalde. Start 5.30 Uhr, abends 16. April ebenda. Start 6 Uhr nachmittags an der Rahnsdorfer Mühle. Start 1 Uhr. — 17. April nach Röntgenthal (Marx). Start 1 Uhr Brunnenplatz (Gericht). — 8. Abt.: 15. April 2-Tagestour nach Eberswalde—Freienwalde. Start 4.30 Uhr nachmittags. — 16. April nach Zehlendorf (Mies). Start 1 Uhr. — 17. April Herrentour. Start 12 Uhr, Waldstr. 8. — 9. Abt.: 14. April nach Mühlenmühle. Start 1 Uhr. — 16. April nach Schenkendorf. Start 6 Uhr abends in Rudow (Lindenwirtin). Start 1 Uhr. — 17. April nach Birkenwerder (Japan). Start 1 Uhr, Schnellstr. 114. — 10. Abt.: 14. April 2-Tagestour nach Magdeburg. Start früh 4 Uhr. 15. April mittags 1 Uhr. — 16. April nach Strausberg (Rotkäppchen). Start 7 Uhr, nachmittags Ahrensfelde (Schneider). Start 1 Uhr. — 17. April Buchholz. Start 1 Uhr. — 11. Abt.: 14. April (Freitag) 5 Uhr nachmittags auf dem Turnplatz Spielabend. — 14.—17. April Vierdtägige Wanderfahrt. Start am 14. April morgens 7 Uhr. — 16. und 17. April mittags 12 Uhr. Tour wird am Start bekannt gegeben. — 12. Abt. Motorfahrer: 16. April nach Bandlitz (Rieger). Start 9 Uhr Prenzlauer Ecke Heinersdorferstr. — 17. nach Eichwalde (Wilke). Start 1 Uhr Lanstherplatz. — Jugendabteilung: 14. April nach Alt-Glienicke. Start 1 Uhr Schles. Tor. — 16. April nach Uchtenhagen bei Falkenberg. Start 5 Uhr am Bahnhof Wuhlheide. — Ortsgruppe Tegel: 14. April Herrentour. Start 9 Uhr. — 17. April Familientour nach Schulzendorf (Hubertus). Start 2 Uhr am Bahnhof. — Ortsgruppe Reinickendorf: 14. April Herrentour. Start 7 Uhr. Damentour Start 1 Uhr. — 16. April nach Fangschleuse. Start 7 Uhr. — 17. April nach Oranienburg. Start 12 Uhr am Bürgergarten. — Ortsgruppe Weißensee: 14. April (Karfreitag) Anfahren der Abteilung nach Ahrensfelde (Schneider). Start 12.30 Uhr. — Am 17. April (2. Feiertag) Anfahrt des Unterbezirks nach Lindenberg (Schümann). Start 1 Uhr.

Mit Parteigruß Otto Hantel.

Freitag, den 14. April.

Märkische Spiel-Vereinigung (Bezirk Groß-Berlin).

Fußballspiele am Karfreitag, den 14. April 1922.

Adler 12 — Askania (Christiania- Ecke Seestr.)
Pankow 06 — Merkur 06 (Pankow, Pichelsberger Str.).
Union — Minerva (Pankow).
Nowawes — Teutonia 09 (Nowawes, Park Babelsberg).
Frisch-Frei 2. — Nordstern (Niederschönweide, Berliner Str.).
Sellen — Spandau (Sellen, Bötzowstr.).
Britannia — Fichte 19 (Lichtenberg, Bogusstr.).
Spielbeginn der 1. Mannschaften 4.30 Uhr, der 2. Mannschaften 2.45 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komerinek, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.